FREIE WÄHLER

in der Stadt Forchheim e.V.

Redaktion Fränkischer Tag Forchheim

Pressemitteilung;

Energiekrise – eine Herkulesaufgabe für alle;

FREIE WÄHLER luden zur Podiumsdiskussion

Sitzen wir im Winter im Dunkeln und Kalten? Droht der Wirtschaft eine Insolvenzwelle? Wie bereiten sich die Stadtwerke Forchheim auf die kommenden Monate und Jahre vor? Diese Fragen waren Thema einer von den FREIE WÄHLER Forchheim initiierten Podiumsdiskussion, an der sich Bayerns Minister für Umwelt- und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, der technische Leiter der Stadtwerke Forchheim, Christian Sponsel, sowie der Präsident der Handwerkskammer Oberfranken, Matthias Graßmann, beteiligten. Die Moderation oblag FW-Bezirksrat Manfred Hümmer, der unter Einbeziehung der zahlreichen im Vorfeld eingegangenen Zuhörerfragen gekonnt durch die Veranstaltung leitete.

Während Glauber und Sponsel sich neben der aktuellen Situation auch Zukunftsthemen wie beispielsweise dem erforderlichen Ausbau des Stromnetzes, der Geothermie und der Wasserstofftechnologie annahmen und sich auch für weitere Windkraftanlagen in unserer Region aussprachen, reflektierte Graßmann die aktuelle Lage des Handwerks. Vielen kleineren Betrieben, beispielsweise Metzgereien und Bäckereien, drohe wegen der horrend gestiegenen Energiekosten das wirtschaftliche Aus. Auch Betriebe, die auf Gasbefeuerung angewiesen seien und nicht kurzfristig auf andere Energieträger umrüsten könnten wie etwa die oberfränkische Glasindustrie, sähen schwere Zeiten auf sich zukommen. Negativ wirke sich zudem der extreme Fachkräftemangel aus. So fehlten in Oberfranken alleine im Ausbaugewerbe rund dreitausend Fachkräfte, energetische Sanierungen an Gebäuden könnten deshalb nicht zeitgerecht durchgeführt werden, weshalb der Klimaschutz nicht so voran schreite wie es dringend geboten sei. Graßmann forderte deshalb einen Rettungsschirm für kleine und mittelständische Unternehmen sowie eine gesellschaftliche Diskussion, die auf eine Gleichwertigkeit von Handwerk und akademischen Studienabschlüssen setzt. Was nütze einem noch so tolle Ingenieursideen, wenn es dann in der Praxis an Fachleuten fehle, die diese dann auch umsetzen können, so der Präsident der Handwerkskammer abschließend.

Minister Glauber betonte, wie wichtig es sei, sich bei der Energieversorgung aus der bestehenden Abhängigkeit von Großkonzernen und der Gas und Öl exportierenden Länder zu lösen. Er setze deshalb seit Jahren auf den Ausbau regenerativ und regional erzeugter Energie, bei der er neben den lokalen Energieversorgern auch auf untereinander vernetzte Privathaushalte und innovative Speicherkonzepte setze. Auch gelte es, die Potentiale Bayerns bei der Geothermie, der Wasser- und Windkraft sowie der Restvorkommen an Erdgas auszuschöpfen. Als zukunftsträchtig und zwingend notwendig bezeichnete Glauber die Wasserstofftechnologie, die auch seitens des Bayerischen Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger forciert werde. Glauber sprach sich generell für

den Ausbau der Windkraftanlagen aus, im Landkreis Forchheim könne er sich solche unter andrem im Raum Gräfenberg-Weißennohe sowie im Markwald vorstellen.

Stadtwerkechef Christian Sponsel sah das aus der Versorgerperspektive ähnlich und zeichnete ein Bild von der aktuellen Situation am Energiemarkt. „Passen wir die Tarife an, werden sie viele unserer Kunden nicht zahlen können, tun wir das nicht, schwimmen wir selber." Sollten private oder gewerbliche Kunden in Zahlungsschwierigkeiten kommen, so rate er dringend, mit den Stadtwerken ein Gespräch zu führen. Soweit möglich, käme man den Kunden entgegen, im schlimmsten Fall drohe aber tatsächlich eine Abschaltung der Energiezufuhr. Diese käme aber angekündigt und nicht von heute auf morgen, so Sponsel hierzu. Die Strom- und Gaspreisbremse – 200 Milliarden Euro sind hierfür eingeplant, - ist für Sponsel nur der akut notwendige erste Schritt und keine Lösung auf Dauer. Vielmehr sei der Staat gefordert, sich auch darüber Gedanken zu machen, ob er an der Praxis, durch Steuern und Umlagen an bis zu 50 Prozent des Endverbraucherpreises zu verdienen, festhalte. Sponsels Credo lautet daher: Wir müssen die Strukturen ändern und auf einen Strommix setzen, der sich zu 80 Prozent aus regenerativen Energien und dem Rest aus fossilen Energieträgern zusammensetze. Eine 100 prozentige Abdeckung mit umweltfreundlichen Energiesystemen sei auf absehbare Zeit nicht möglich. Um im Landkreis Forchheim die Quote auf 80 Prozent zu erhöhen, benötigte man 165 Hektar an Photovoltaikanlagen und ca. 20 Windräder. Dies wäre flächenmäßig und technisch darstellbar, gelänge es, von der antiquierten Diskussion um eine „Vermüllung des Landschaftsbildes" wegzukommen. Klimaschutz und Energiesicherheit ließen sich nur dann in Einklang bringen, wenn man sich damit anfreunde und klar mache, dass jeder Einzelne und jede Region einen Beitrag dazu leisten müsse und ein St. – Florians - Prinzip kontraproduktiv wäre.

Auf die beabsichtigte Laufzeitverlängerung für das AKW Isar II angesprochen, antwortete Glauber, aus Sicht der Bayerischen Staatsregierung sei diese leider notwendig, um die vor uns liegende Zeit der Energieunsicherheit überbrücken zu helfen. Das AKW laufe bis 1. Januar auf Volllast, könne dann drei weitere Monate mit 70 Prozent laufen und nach einem Umladen aus dem Abklingbecken nochmals 90 Tage. Am beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft ändere sich deshalb nichts, zudem sei die Störung eines Ventils am AKW definitiv nicht im sicherheitsrelevanten Bereich. Dieses könne im Rahmen der regulären Wartungsarbeiten Ende 2022 ausgewechselt werden.

Der Sorge vieler Endverbraucher, sie könnten die ersten sein, die unter dem Energiemangel zu leiden hätten, zerstreute Stadtwerkechef Sponsel. Hierzu gäbe es Abschaltpläne, die zuerst bei der Industrie ansetzten und sowohl Privathaushalte wie auch sicherheitsrelevante Bereiche hinten anstellten. Kurzfristige und lokale Stromausfälle seien allerdings nicht auszuschließen, einen landesweiten Black out halte er aber für unwahrscheinlich.

Am Ende waren sich alle Diskutanten einig:

Die Weichen für eine sichere, von Exporten weitgehend unabhängige Energiepolitik müssen jetzt gestellt werden, ein Zurück in die bisherige Energiepolitik ist undenkbar. Als erste Schritte aus der Krise heraus sollten jedoch Bürger und die Wirtschaft sofort und nicht gestaffelt nach Monaten im kommenden Jahr vor unzumutbaren Härten geschützt werden, ansonsten käme für viele die Hilfe zu spät.

V.i.S.d.P.:

Manfred Hümmer

FW Forchheim